

Sehr geehrte Frau Buchelt, sehr geehrte Frau Wilhelm, liebe Frauen!

Wir kommen heute zusammen in einer Situation, wo wir alle unter Schock stehen. Weil etwas näher rückt, was wir lange Zeit für unmöglich gehalten haben in Europa: Krieg. Wir sehen Frauen mit ihren Kindern auf der Flucht. Wir sehen Evakuierungsbusse, die beschossen werden. Wir sehen Städte, in denen man nicht mehr leben kann, weil sie systematisch zerbombt werden. Wir sehen junge Frauen, die ihre Großmütter auf der Flucht begleiten, weil der Rest der Familie nicht fliehen kann. Wir sehen junge Frauen, die in Kiew anstehen um Waffen. Wir sehen Frauen, die auf die Straße gehen, damit dieser Krieg gestoppt wird: In Russland, in Bremen, überall auf der Welt.

Was wir nicht sehen, sind Frauen bei den Verhandlungsrunden. Stattdessen sehen wir eine endlose Reihe pensionierter Generäle in Talkshows, wie wenn Krieg auf natürliche Weise Männersache wäre. Aber das verkennt die Lage. Ich glaube, dass man die enorme Bereitschaft der Menschen in der Ukraine, sich zu wehren und Widerstand zu leisten, nicht verstehen kann ohne die Entschlossenheit der Frauen. Die Entschlossenheit, sich nicht diktieren zu lassen, wie sie leben sollen. Die Entschlossenheit, nie wieder ein Bauernopfer in der Logik der großen Machtblöcke sein zu wollen. Diese Entschlossenheit fordert uns alle heraus. Denn sie stellt uns täglich die Frage, wie weit wir zu gehen bereit sind in unserer Solidarität und unserer Unterstützung. Bis zu welchen Handlungen. Bis zu welchen Einschränkungen. Bis zu welchen Risiken.

Krise scheint der neue Normalzustand zu werden. Die Finanzkrise 2008/2009 schien noch ein einmaliges Ereignis zu sein. 2011 brach der Bürgerkrieg in Syrien aus, in dessen Folge

Deutschland 2015 viele Menschen aufnahm, die vor der Brutalität des Assad-Regimes oder des Islamischen Staates geflüchtet waren – oder Städte verlassen haben, in denen man einfach nicht mehr leben kann, weil nichts mehr von ihnen übrig ist. Die Klimakrise begleitet uns schon lange, aber erst die weltweiten Proteste von Fridays for Future – vielfach organisiert von jungen Frauen – haben das Thema endlich auf die politische Tagesordnung gesetzt. Inzwischen stehen wir im dritten Jahr der weltweiten Corona-Pandemie. Und gerade, wo wir hoffen, wieder ein Stück Normalität zurückzugewinnen, erleben wir den Ausbruch des Krieges durch den skrupellosen Überfall auf ein Land mitten in Europa.

In jeder dieser Krisen stellen wir fest, dass die Geschlechterungleichheit wächst. Manchmal sieht es am Anfang nicht so aus: Weil bestimmte männerdominierte Industriebranchen Jobverluste erleiden, oder weil überwiegend Männer als Soldaten sterben. Aber je länger die Krisen dauern, desto sicherer ist, dass sie einseitig auf Kosten der Frauen gehen.

Das liegt, zum einen, an der patriarchalen Ungerechtigkeit in den Gegenmaßnahmen. Während unser Staat 2008 viel Geld in die Hand nahm, um Banken und Männerarbeitsplätze zu retten – bis hin zu bizarren Ideen wie der Abwrackprämie – gingen zeitgleich die Schleckerfrauen leer aus und blieben ohne Arbeitsplatz, und ohne Perspektive zurück. Während in der Corona-Krise viel Geld investiert wurde, um durch das Kurzarbeitergeld Jobs und Betriebe zu erhalten, hatten diejenigen keine Chance, die von Minijobs leben, niedrige Teilzeit machen oder Solo-Selbständige sind – also überwiegend Frauen. Und ich kann sagen: Es war sehr harte Arbeit, bei den langfristigen Maßnahmen im Bremen-Fonds die Gesundheitsbranche angemessen mit aufzunehmen – die

größte Branche in Bremen für Frauen, aber eben nicht für Männer.

Dass immer wieder vorrangig Frauen für die Krise zahlen, liegt zum anderen aber auch daran, dass ihre Doppel- und Dreifachbelastung immer weiter gewachsen ist. In der Corona-Krise waren Frauen gleichzeitig an der vordersten Front der Pandemie-Bekämpfung – vor allem als Pflegerinnen, aber auch als Erzieherinnen und Lehrerinnen. Und gleichzeitig wurden sie am härtesten davon getroffen, dass die Betreuungssysteme nicht mehr funktionierten und der Alltag der Familien erschüttert wurde.

Die fundamentale Zuständigkeit und Letztverantwortung, die Frauen für die Reproduktion zugewiesen wird, ist in Normalzeiten ein Stück weit überdeckt. In der Krise tritt sie ganz ungeschminkt hervor. In der Pandemie haben wir die alten Muster sehr offen gesehen: Männer machen weiter, ob im Büro oder im Homeoffice. Frauen müssen sehen, wie sie mit der Situation klarkommen. Wir haben gesehen, dass die Pandemie selbst in unserem so hoch entwickelten Land dazu führt, dass mehr Frauen als Männer in der Erwerbsarbeit zurückstecken, dass die unbezahlte Arbeit bei den Frauen deutlich zugenommen hat, während Männer diesen Effekt kaum hatten. Was die vielen Frauen in den Krankenhäusern mit den Müttern zu Hause verbindet, ist am Ende der Pandemie vor allem eins: die totale Erschöpfung.

Aber was sie auch verbindet ist, dass keine Lehren gezogen werden, keine Konsequenzen. Es gibt keine Tarif-Allgemeinverbindlichkeit für die Pflegerinnen, keine Entlastungs-Tarifverträge, keine Fortschritte bei der Vereinbarkeit, Verlässlichkeit, Lebbarkeit ihrer Jobs. Es gibt aber auch keine Fortschritte bei einer belastbaren, flexiblen, für erwerbstätige Frauen ausreichenden Kinderbetreuung. Bremen

ist das Bundesland mit dem geringsten Anteil von Frauen an der sozialversicherten Beschäftigung. Und es ist gleichzeitig das Bundesland, wo die kritischen Betreuungszeiten zwischen 16 und 18 Uhr am schlechtesten abgedeckt werden. Aber sobald der Druck der Krise nachlässt, sinkt auch der Handlungsdruck sofort wieder – bis zur nächsten Krise, wo wieder keine Zeit ist, die notwendigen strukturellen Veränderungen anzugehen.

Wir müssen jetzt die nächste Krise organisieren, beginnend mit der Aufnahme der Menschen, die aus der Ukraine zu uns fliehen. Die Frauen, die mit ihren Kindern zu uns fliehen, werden Jobs brauchen. Ihre Kinder brauchen Schul- und Kitaplätze. Sie werden Wohnungen brauchen. Dieser Krieg wird dauern, und es wird noch viel länger dauern, bis man in die zerstörten Städte zurückkehren kann. Und wir werden keine Rechnung an Putin schicken können oder an die russische Militärführung für das, was jetzt nötig ist.

Wir haben bei den geflüchteten Frauen von 2015 gesehen, dass sie bis heute ihre eigenen Interessen, ihr eigenes Lernen, ihr eigenes Ankommen auch in der Erwerbswelt und damit die Chance auf eine eigenständige Existenzsicherung hintenanstellen – hinter die Chancen der Kinder und ihrer Männer. Wir müssen versuchen, dass das bei den geflüchteten Frauen von 2022 nicht wieder so ist. Und dafür müssen wir mit der vermeintlichen Normalität brechen, dass es eben so ist, dass das Recht von Frauen auf Selbstbestimmung und eigenständige Existenzsicherung in der Krise zuallererst zerstört wird.

Frauen sind längst nicht mehr nur die Opfer von Konflikten. Sondern es zeigt sich, dass ihnen in der Konfliktverhütung und der Konfliktbeilegung eine wichtige Rolle zukommt, die darüber hinausgeht, sich einzeln um Mitmenschen zu kümmern. Um

langfristig stabile gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen, ist es notwendig, dass Frauen an den Verhandlungstischen und in aktiven Funktionen beteiligt sind. Aber dafür müssen wir beides angehen: Die unmittelbare patriarchale Benachteiligung bei der Verteilung von Rollen, und die grundsätzliche Weigerung der Gesellschaft, Frauen das zur Verfügung zu stellen, was sie für eine gleichberechtigte Rolle brauchen.

Wir sind durch die Krisen der letzten Jahre alle ein bisschen härter geworden. Nutzen wir das. Seien wir hartnäckig, uns nicht vorschnell abspeisen zu lassen. Wir brauchen starke Stimmen, die Frauenrechte in der Krise einfordern, damit wir nicht in jeder Krise von neuem zurückgeworfen werden auf längst überwunden geglaubte Geschlechterrollen. Wir haben die Kraft und auch den Willen und wir werden uns nicht abspeisen lassen, hier nicht und auch dort nicht. Und dann haben sich auch die alten Generäle erübrigt, die uns die Welt erklären. Das gilt für die Pandemie, für die Wirtschaftskrise, für die Klimakrise, es gilt umso mehr für den jetzt ausgebrochenen Krieg in Europa. Gehen wir zusammen in die erste Reihe. Das ist die Botschaft, die der Frauentag für uns haben muss.